

An once
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. J. Ulrich & Co.,
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streissau,
in Meseritz bei H. Matthias,
in Breslau bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Nr. 407.

Das Abonnement auf dieses täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 50 pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Freitag, 13. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgesparte Seite über deren Raum, Ressam verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 12. Juni. Der Geheime Registratur-Assistent Rosener in Berlin ist zum Geheimen Registratur im Reichspostamt ernannt worden. Der praktische Arzt Dr. Steinebach zu Stromberg ist zum Kreisphysikus des Kreises Wipperfürth ernannt worden.

Politische Übersicht.

Posen, den 13. Juni.

Nach Anbeutungen aus guter Quelle sind die Kompromissanträge, welche die Abg. von Külz, Frhr. v. Hertling, v. Malzahn-Gülk in der Unfallversicherungskommission bei Beginn der zweiten Lesung eingebracht hatten, nicht parlamentarischen Ursprungs. Hervorragende Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Industriellen haben das vom Arbeitgeberstandpunkte aus allerdings sehr lobenswerthe Kompromiss angeregt. Die Formulierung der Anträge ist dann unter Mitwirkung des Staatsministers v. Bötticher erfolgt. „Die Reichsregierung“, sagte Minister v. Bötticher in der zwischen der ersten und zweiten Lesung des Unfallversicherungsgesetzes in der Reichstagskommission abgehaltenen Generalversammlung des Zentralverbandes der deutschen Industriellen, die „Reichsregierung arbeitet im Interesse der Industriellen.“

Den Mitgliedern des Reichstags ist ein Promemoria der deutschen Dampfschiffss-Hederei zu Hamburg betr. einer nach Ostasien zu errichtenden, vom Reiche zu subventionierenden Postdampfschiffslinie zugegangen, in welchem der zahlreiche Nachweis geführt wird, daß zur Ausführung des Projektes der Reichsregierung ungefähr das Doppelte der Summe erforderlich sein würde, deren Bewilligung in blanco die Vorlage von dem Reichstag in Anspruch nimmt. Bei dieser Berechnung aber ist vorausgesetzt, daß die Postdampfer eine Fahrgeschwindigkeit von 12 Knoten haben sollen. Nach den Motiven der Vorlage aber sollen die einzustellenden Postdampfer in Beziehung auf Einrichtung und Fahrgeschwindigkeit den englischen und französischen mindestens nicht nachstehen und mit Vorlehrungen versehen sein, welche es ermöglichen, sie im Kriegsfalle ohne großen Zeitaufwand für Zwecke der Kriegsmarine, z. B. als Kreuzer, Avios u. s. w. zu verwenden. Das Promemoria konstatirt, daß in jüngster Zeit französische und englische Gesellschaften Schiffe eingestellt haben, deren Geschwindigkeit 14—15 Knoten beträgt und bemerkt dann: „Werden Schiffe von ähnlicher Geschwindigkeit auch für die deutsche Fahrt vorgeschrieben, so erhöht sich deren Kostenpreis, demgemäß das zu investirende Kapital, die Betriebskosten, die Ausgaben für Kohlen und Aufkungrämien, sowie die Abschreibungen und vergleichbar mehr in ganz unverhältnismäßiger Weise. Ebenso selbstredend ist es, daß, wenn die kaiserliche Admiralität im Hinblick auf eventuelle Verwendung der deutschen Postschiffe im Falle eines Krieges für den Transport- und Kreuzerdienst, in Betreff des Baues spezielle Vorschriften ertheilt, größere Kapitalaufwendung und Kosten erhöhung die Folge sein müssen. Nach dem Vorhergelegten dürfte es einleuchtend erscheinen, daß, um die vom Reiche zu bewilligende Subvention auch nur annähernd korrekt bemessen zu können, vor Allem eine genau präzisirte Vorlage der gestellten Ansprüche und der geforderten Leistungen zu Grunde gelegt sein muß.“ Unserer Ansicht nach ergiebt sich aus diesen und anderen sachverständigen Ausführungen, daß der Reichstag durch Annahme der Regierungsvorlage Verpflichtungen des Reichs übernehmen würde, deren Höhe sich zur Zeit noch gar nicht bemessen läßt.

Morgen findet im Wahlkreise Bünzlau-Lüben eine Erstwahl für den Reichstag statt. Zum dritten Mal in der gegenwärtigen Legislaturperiode müssen die dortigen Wähler an die Wahlurne treten. Man hatte die Besorgnis, daß sich bei den Wählern eine gewisse Ermüdung zeigen würde. Die Konservativen — unter dem Namen „Neuer Wahlverein“ — haben indes dafür gesorgt, daß die Wahlbewegung in sehr lebhaften Gang gebracht ist. Für den konservativen Kandidaten, Herrn v. Kölcken, werden seit Wochen die größten Anstrengungen gemacht. Die Flugblätter, welche Herrn v. Kölcken empfehlen, leisten in den wunderbaren Beschuldigungen der Freisinnigen Alles, was man nur wünschen kann. Hoffentlich werden dieselben ebenso wie die Neben der Konservativen dazu helfen, daß der Wahlkreis den Freisinnigen erhalten bleibt. Die Versammlungen, welche die Liberalen in den letzten Tagen abgehalten haben, waren zahlreich besucht und es zeigte sich überall ein lebendiges, umgeschwängtes Interesse für die Wahl.

Im schwäizerischen Nationalrat ist von den Ultramontanen ein Antrag auf Revision der Bundesverfassung eingebracht worden. Nach der jüngsten Referendumabschlußmung ist ein derartiger Ansturm von Seiten der Ultramontanen an dieser Stelle flogisch vorhergesehen worden. Der Antrag selbst ist vom 6. Juni datirt und lautet wie folgt:

Die Bundesversammlung wolle, in Anwendung der Art. 118 und 119 der Bundesverfassung, eine Revision derselben in folgenden Richtungen beschließen: 1) Der Art. 73, handelt über die Wahlen für den

Nationalrath, ist zum Zweck einer gerechteren Eintheilung der Wahlkreise dahin zu ergänzen, daß in denselben ein bis höchstens drei Vertreter zu wählen sind, beziehungsweise, daß die Wahlen soweit möglich, nach dem Grundsatz der proportionalen Vertretung stattfinden. 2) Der Art. 27. der Schulartikel, ist im Sinne der Garantie der Unterrichtsfreiheit zu erweitern. 3) Der Art. 31, die Handels- und Gewerbefreiheit betreffend, ist dahin zu beschränken, daß das Wirtschaftsgewerbe und der Kleinverkauf geistiger Getränke nicht unter diesen Artikel fallen und deren geistige Regulierung den Kantonen anheimgestellt bleibt. 4) Im Artikel 32, daß Obmahl der Kantone betreffend, sind zu streichen: die Bestimmung im letzten Absatz, nach welcher alle Eingangsgebühren mit Abstand des Jahres 1890 aufgehoben werden; ferner die Bestimmung der Letzter d., wonach das Obmahl von Getränken schweizerischen Ursprungs in denjenigen Kantonen, wo solches schon besteht, nicht erhöht, und in denjenigen, welche bis 1874 kein solches bezogen haben, nicht eingeführt werden darf. 5) Die Rechte des Volkes bezüglich seiner Mitwirkung in Fragen der Bundesverfassung, der Bundesgegebung und der von den Bundesbehörden zu erlassenden Beschlüsse sind auszudehnen und zu diesem Zweck die Bestimmungen der Artikel 89 und 120 abzuändern und zu ergänzen.

Der „Berner Bund“ konstatiert, daß dieser Antrag nichts Geringeres bezwecke, als einen „kühnen und gewaltthätigen Angriff“ auf die Bundesverfassung von 1874, und zwar gerade auf die wichtigsten Errungenschaften derselben, „die schon Jahrzehnte vorher die Zielpunkte begeisterter fortschrittlischer Bestrebungen bildeten. Man möchte auf das Jahr 1848 und noch weiter zurückrevidieren.“ Dafür bürigen nach dem erwähnten Blatte auch die Namen der Unterzeichner (Nationalräthe Zemp, Keel und Pedrazzini), welche als Vertreter des rücksichtslosen Ultramontanismus gelten, der niemals gesonnen ist, dem Staate Zugeständnisse zu machen. Bezuglich des zweiten Punktes kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Ultramontanen die „Unterrichtsfreiheit“ nur im Sinne der Beherrschung der Schulen durch den Klerus verstanden wissen wollen.

Die Konferenz-Angelenehit gewinnt nach und nach, wenn auch sehr langsam, politisch greifbare Formen. Nach einer Meldung der „Polit. Korr.“ aus Rom beabsichtigen die Kabinete von Wien, Berlin, Rom und St. Petersburg, sodaliby die vom britischen Kabinete für die nächsten Tage in Aussicht gestellten Mitteilungen über den Inhalt der zwischen England und Frankreich getroffenen Vereinbarungen in der egyptischen Frage zugegangen sein werden, in einen Meinungsaustausch hierüber einzutreten. Da derselbe einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte, wäre es möglich, daß der Zusammentritt der Konferenz in London einen kurzen Aufschub erleide und dieselbe möglicherweise anstatt gegen Ende dieses Monats erst Anfang Juli stattfinden werde. Die über das Wesen der englisch-französischen Abmachungen lezhin durch die „Daily News“ der Offizialität übergebenen Eröffnungen, die sich der Haupthache nach auf die Dauer der englischen Okkupation Ägyptens beziehen, dieselbe auch, was prinzipiell überaus wichtig erscheint, nach dreijähriger Dauer, also vom 1. Januar 1888 ab von der Zustimmung der europäischen Mächte abhängig machen, sind bereits mitgetheilt worden. Allerdings fehlt noch eine offizielle Bestätigung.

Gleichzeitig mit dem Konferenzprojekt tritt erneut das Streben hervor, eine Regelung der sanitären Zustände des Niemands auf dem Wege internationaler Vereinbarung herbeizuführen. Die Anregung hierzu geht von der italienischen Regierung aus. Bekanntlich ist der Wunsch, an die Stelle der jetzigen Organisation der sanitären Kontrolle in Egypten eine wirksamere Einrichtung zu setzen, schon älteren Datums; doch scheiterte die s. B. projektierte, diesbezügliche internationale Konferenz an dem in unerfüllbare Bedingungen gehüllten Widerspruch Englands. Indessen hat die rücksichtslose Art und Weise, wie gerade England sich über alle sanitären Kontroll- und Quarantäne-Reglements hinwegsetzt — es sei hier nur an den Fall des infizierten Truppentransportschiffes „Crocodile“ erinnert — zu eindringlich die permanent drohende Gefahr einer Cholera-Einschleppung demonstriert, als daß Europa dieser Eventualität gegenüber seine bisherige Haltung bewahren könnte, und ist, wie man mittheilt, Frankreich jetzt geneigt, dem Wunsche der italienischen Regierung, betreffend dem Zusammentritt einer Konferenz in Rom zur Regelung der sanitären Kontrollverhältnisse Egyptens, Vorschub zu leisten — was natürlich die Chancen der gedachten Konferenz nur erhöhen kann.

Die neuesten Nachrichten aus dem Sud an lauten wenig erfreulich; nach der direkten Depesche der „Times“ aus Wadi Hafsa zu urtheilen, erscheint es kaum mehr zweifelhaft, daß Barber in die Hände der Aufständischen gefallen ist; fast die gesamte Garnison soll niedergemacht worden sein. — Bezuglich der Mission des Admirals Hewett nach Abyssinien theilte im Unterhause der Unterstaatssekretär Fitzmaurice mit, es sei ein aus Adowa vom 3. d. M. datirtes Telegramm des Admirals eingegangen, welches besage, daß seine Mission von Erfolg begleitet gewesen sei und daß er am 4. d. die Rückreise anzutreten beabsichtige. Es sei ein Vertrag unterzeichnet worden, welcher Abyssinien freien Handels-Transitverkehr durch Massowah gewähre, auch ein Vertrag über den Sllavenhandel sei unterzeichnet worden.

Die marokkanische Frage hat in der italien-

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Wohl.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

nischen Kammer, wie bereits telegraphisch in Kürze gemeldet, gelegenlich einer Interpellation des Abg. Campanale zu einer ausführlichen und sorgfältig vorbereiteten Erklärung des italienischen Minister des Äußeren geführt, über welche des Weiteren eingehend wie folgt offiziell berichtet wird. Herr Mancini sagte:

Die Regierung habe mit gespannter Aufmerksamkeit die Ereignisse in Marokko verfolgt, um nicht von vollendeten Thatsachen überrascht zu werden. England und Frankreich hätten in Marokko bedeutende Handelsinteressen, Spanien, England und Frankreich hervorragende politische Interessen. Italien habe in Marokko ein geographisches Interesse, ferner ein maritimes Interesse wegen der Freiheit der Schiffahrt, außerdem aber ein negatives, jedoch sehr wichtiges Interesse, nämlich das, die Bildung eines ausgedehnten, afrikanischen Reiches vor den Thoren Italiens zu verhindern, welches das Gleichgewicht der Kräfte im Mittelmeer zerstören und die territoriale Sicherheit Italiens bedrohen würde. Frankreich habe zwei Hauptdistanzpunkte mit Marokko, die Beschildung des Scherif von Ouaazzan und eine Grenzberichtigung. Mancini gibt eine Darlegung, wonach diese Differenzpunkte bestehen. Der Scherif könnte ein Instrument Frankreichs und die Ursache von inneren Streitigkeiten, ja eines Bürgerkriegs werden. Was die Grenzberichtigung anlangt, so gebe es zwei Projekte, die Abtretung eines großen Territoriums wie der Provinz von Tigniq, was einer Verstärkung Marokkos gleichlässt, und die Abtretung eines beschrankteren, ungewissen, zwischen Algier und Marokko streitenden, von Nomadenstämmen und dorthin flüchtenden Rebellen ungehindert durchzogenen Gebiets. Der französische Gesandte Ordega habe durch seine Beziehungen zu dem Scherif der Marokkaner, die Einschüchterung des Sultans beabsichtigt, Gouverneurs von Ouaazzan und durch seine Haltung gegenüber seinen Kollegen in Tanger Klagen und Reklamationen vorgerufen und falsche Vorstellungen erweckt, welche dem Geiste der ihm von seiner Regierung geworbenen Institutionen vielleicht nicht entsprechen. Das italienische Ministerium habe den Kabinetten von Madrid, London und Berlin bezügliche Mittheilungen zugehen lassen, sowie freundschaftliche, aber zugleich sehr eindringliche Schritte in Paris gethan und um Mitteilung über die Ansichten Frankreichs ersucht. Das französische Kabinett habe Italien, England und Spanien die formellen, positiven, kategorischen und wiederholten Versicherungen gegeben, daß der status quo in Bezug auf das Gebiet und die politischen Verhältnisse Marokko's nicht geändert werden würde. Man könne sagen, der erste Differenzpunkt zwischen Frankreich und Marokko sei zur Genugthuung Frankreichs durch die Abberufung und Erziehung des Gouverneurs von Ouaazzan erledigt worden. Den anderen Punkt anlangend, so habe Frankreich erklärt, es handle sich nur um eine alte Frage, um eine einfache Berichtigung der Grenze, nicht um die Abtretung eines beträchtlichen Gebietes. Diese Frage stehe nun ebenfalls auf dem Punkte, entchieden zu werden. Frankreich habe ferner zugesichert, daß es befriedigende Erklärungen über das Verfahren seines Gesandten Ordega geben werde. Italien werde darauf bestehen, daß man Ordega Instruktionen schreibe, damit es, nach seiner Haltung, nicht scheine, als ermutigter er die Thatsachen, welche zu einem Reim von Verwicklungen und Gährungen werden können. So ausdrücklichen Erklärungen Frankreichs könne man unmöglich den Glauben versagen. Es wäre ein Mangel an internationaler Rücksicht, wollte man annehmen, daß die Regierung einer großen, edlen Nation fähig sei, eine solche Sprache zu führen, um die Wachsamkeit anderer Mächte einzuschläfern. Nichtsdestoweniger sei es Angesichts der besonderen von Camporeale jetzt zur Sprache gebrachten Umstände Pflicht der Regierung, diese Angelegenheit im Auge zu behalten. Dieselbe werde fortfahren, mit den anderen interessirten Mächten bezügliche Mittheilungen auszutauschen. Wegen des vertraulichen Charakters dieser Mittheilungen könne er darüber in der Kammer nicht sprechen, ohne indirekt zu sein und dem angestrebten Zweck zu schaden. Er hoffe, daß die Kammer überzeugt sei, daß die Bestrebungen der Regierung vereint mit denselben Anderer, darauf gerichtet sein werden, nach dem Willen der Kräfte Italiens drohende und ruhestörende Neuerungen eines benachbarten Mittelmärkteates zu verhindern. (Beispiel.)

Camporeale erklärte, er sei nicht völlig befriedigt, nehme jedoch Alt von den Erklärungen des Ministers Mancini. — In der Diplomatenloge wohnten die Botschafter Deutschlands und Frankreichs, der Gesandte Spaniens, ferner Graf Robilant und andere Diplomaten der Verhandlung bei.

Briefe und Zeitungsberichte.

+ Berlin, 12. Juni. Dem Reichstag ist nunmehr der 60 Quartseiten füllende Bericht des Abg. v. Hertling über das Unfallversicherungsgesetz zugegangen. In der Einleitung wird in durchaus zutreffender Weise die Stellung der einzelnen Parteien zu der Vorlage charakterisiert. Bezuglich der Stellung der deutschfreisinigen Mitglieder der Kommission sagt der Bericht: „Auch die Gegner des Versicherungzwanges sahen davon ab, ihren prinzipiell abweichenden Standpunkt in der Form von Abänderungsvorschlägen zur Geltung zu bringen; wohl aber verlangten diejenigen, deren Standpunkt von demjenigen der Vorlage am weitesten ablag, daß es den Unternehmern freistehen müsse, wo und unter welchen Bedingungen sie der Versicherungspflicht genügen wollten, und erblickten darin die notwendige Gegenleistung für die zeitweilige Zurückstellung der lebenswegen aufgegebenen prinzipiellen Bedenken. In diesem Sinne wurde die Aufrechterhaltung der freien Versicherungsgesellschaften als unerlässliche Voraussetzung bezeichnet und die in dem Entwurf vorgeschlagene staatliche Organisation abgewiesen.“ Über die Stellung der nationalliberalen Mitglieder der Kommission heißt es dann: „Andere gingen nicht so weit, wollten jedoch dieser Organisation ein anderes System zu Grunde gelegt wissen — geographisch abgegrenzte Betriebsverbände statt der Berufsgenossen-

schäften — und noch neben denselben Raum für die privaten Versicherungsgesellschaften, zum mindesten für die auf Gegenheitlichkeit gegründeten belassen.“ Über die Gründe, aus denen die Nationalliberalen in der zweiten Lesung ihren Standpunkt verlassen haben, enthält der Bericht kein Wort. Er erwähnt nur, daß bei Beginn der zweiten Lesung der Kommission eine Reihe von Anträgen unterbreitet worden seien, welche erkennen ließen, daß drei der in der Kommission vertretenen Gruppen (Deutschkonservative, deutsche Reichspartei und Zentrum) eine Vereinigung unter einander gesucht und im Interesse des Zusammenschlusses des Gesetzes vorläufig diejenigen Bedenken und Wünsche zurückgestellt hatten, welche während der ersten Lesung als trennende Unterschiede zwischen ihnen bestanden hatten. Demgemäß waren auch die Anträge von drei diesen Gruppen angehörenden Vertretern gemeinsam gestellt. Eine Folge dieses Vorgehens war, daß bei einer nicht unbedeutlichen Anzahl von Punkten die Abstimmung in der zweiten Lesung anders ausfallen mußte, als sie in der ersten Abstimmung ausgefallen war.“ Der Bericht schließt mit folgenden Worten: „Die Kommission trat nunmehr — in zweiter Lesung — zur Schlusabstimmung über das ganze Gesetz. Vor derselben erklärte ein Mitglied (Abg. Marquardsen), daß es sich der Schlusabstimmung nicht widersetzen werde, daß aber die Frage, ob derartige Abstimmungen in Kommissionen zu erfolgen hätten, eine freitliche und die Praxis in dieser Beziehung eine sehr verschiedene sei. Inzwischen empfiehlt es sich, eine solche Frage nicht nebenher, sondern in ausdrücklicher Veranlassung zur Erledigung zu bringen. Die Annahme des Gesetzes erfolgte mit 19 gegen 9 (deutschfreistimme) Stimmen.“ Von der vielbesprochenen Erklärung des Abg. Marquardsen, daß die Abstimmung der nationalliberalen Mitglieder der Kommission für die Beschlüsse der Entscheidung der Partei im Plenum und der Vereinigung von Änderungsanträgen nicht präjudizieren sollte, nimmt der Bericht keine Kenntnis.

Das Vermögen der Deutschen Reichsschule, deren Verwaltungsratssitzung am 7. und 8. d. Mts. in Magdeburg stattfand, beziffert sich gegenwärtig auf ca. 355 000 Mk. baar und ca. 145 000 M. sichere Außenstände bei den Verbänden, so daß also das Vereinsvermögen 1 Million beträgt. Die Versammlung, welche von mehr als 200 Delegierten aus allen Theilen des deutschen Reiches, sowie aus Russland, Schweden und Belgien besucht war, beschloß einstimmig, noch in diesem Jahre zwei Reichswaisenhäuser, eins im Norden und eins im Süden des deutschen Reiches, zu errichten. Die Kräfte der Rechtsgenossen dürfen daher noch lange nicht erlahmen. Am Sonnabend, den 14. d. Mts. wird ein großes Sommerfest auf Tivoli veranstaltet, wobei es außer einem reichhaltigen Programm an Gelegenheit zum Fechten nicht fehlen wird.

Kiel, 11. Juni. (Original-Bericht der „Pos. Btg.“) Der Kieler Kriegshafen bot heute in den Nachtskunden ein überaus glänzendes Bild. Auf den Forts der mächtigen Festung Friedrichsort, die schon zu dänischer Zeit der Stadt Kiel als Bollwerk gedient hatte, wurden große Fackelfeuer abgebrannt, welche nicht nur die ruhige See magisch beleuchteten, sondern auch auf die gegenüberliegenden prangenden Ufer ihren grellen Schein warfen und die Badeorte Laboe und Heikendorf sowie die Schanzen von Mölnort hell erleuchteten. Kurz nach 10 Uhr nahm das imposante Kriegsschauspiel, das Nachtschießen der 1. Matrosen-Artillerie-Abtheilung seinen Anfang. Von Osten näherte sich der Feind, ein aus zahlreichen Panzern bestehendes Geschwader, und versuchte den deutschen Hafen zu blockieren, der nicht nur durch formidable Krupp'sche Geschütze, sondern durch eine Unzahl von Minen, Streumotorpedos, kurz das gesamte unterseeische Gefechtsmaterial vertheidigt wurde. Als Vorhut wurde eine Flottille von zahlreichen Torpedobooten vorausgesandt, welche die Aufgabe hatten, vor Allem die gelegten Minen zu sprengen. Sogleich wurde aus den Geschützen ein donnernder Salut abgegeben und die Torpedobooten nach kurzem Kampfe zurückgeschlagen. Jetzt rückte das Gros des Feindes, die formidablen Panzer, heran und nunmehr wurde von Unter-Jägersberg, Falckenstein und Friedrichsberg ein ununterbrochenes Granatfeuer unterhalten und jedes der herannahenden Schiffe mit Raketenfeuer erleuchtet. Zugleich wurden die elektrischen Apparate am Ufer in Thätigkeit gesetzt und je nach der Lage des feindlichen Schiffes der Strahlenkegel auf dieses gerichtet. Nach heftigem Kampfe unterlag der Feind, zwei Kriegsfahrzeuge desselben wurden in den Grund gebohrt und die Flotte wurde genötigt, sich aus dem Hafen zurückzuziehen. Der Chef der Admiralität, General-Lieutenant v. Capri, Korvetten-Kapitän v. Diederichs, Degergent der Admiralität und die Spitzen der Marinebehörden hatten sich auf dem Kaiserboot nach Friedrichsort begeben, um dem interessanten Manöver beiwohnen.

Königsberg, 11. Juni. Die „K. Hart. Btg.“ schreibt: Gegen unseren Reichstagsabgeordneten, Professor Möller, ist wie schon gemeldet, Anklage wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck erhoben worden. Die Anklage führt sich auf einen Bericht eines offiziösen Bromberger Blattes über einen in Romberg gehaltenen Vortrag des Abgeordneten Möller. Dasselbe Blatt gab durch die Art der Berichterstattung über einen Vortrag auch schon einmal Anlaß zu einer Anklage gegen den Abgeordneten Möller, die indes einen Erfolg nicht hatte. Das Berliner Pressebüro hat schon im März das Vorgehen des Abgeordneten Möller derart sensationell behandelt, daß es durch eine besondere Depesche der Welt das große Ereignis von Erhebungen gegen denselben Runde gab. Bei den Wählern unseres hochverehrten Abgeordneten wird dergleichen ebenso wenig Eindruck machen, wie die Reite der Maßregelungen, welchen Möller in seinem Leben ausgesetzt gewesen ist.

Berl., 10. Juni. Ein Brief Ludwig Rossuth's als Antwort auf eine Provokation von radikaler Seite macht großes Aufsehen. Daß der achtzigjährige Mann in seinem hohen Alter den Ideen ganzlich entflagen werde, welchen er mehr als ein halbes Jahrhundert lang gehuldigt, wird wohl Niemand voraussehen. Aber nur für seine Person hält er noch seine Ideen aufrecht, und es ist an und für sich eine vollständige Umkehr, wenn er die Entfernung selbst seiner Anhänger von seiner Politik begreift, ja rechtsfest und auf eine Solidarität derselben mit seinen Anhängern verzichtet. Rossuth, der Jahrzehnte lang ratslos im Auslande den Glauben an die Unversöhnlichkeit der Ungarn aufrecht zu erhalten bemüht war, macht das nicht zu unterschätzende Geständnis, die Welt habe durch das

neue Verfassungsleben Ungarns den Eindruck gewonnen, daß die bestehenden Zustände wahren Gesinnungen Ungarn entsprechen.“ Der Mann, der einst die Unvereinbarkeit der Dynastie mit Ungarn offen formuliert und diesen Gedanken bis in die neuere Zeit, mehr oder minder verblümt, propagierte, der Mann, dessen damalige Anhänger im Jahre 1867 während der Krönung ein Antikönigssfest abzuhalten suchten, beugt sich heute vor dem Umschwung, der sich in Ungarn vollzogen hat. Rossuth gibt in seinem Briefe zu, daß „heute alle Parteien des Landes auf der Basis der dynastischen Treue und Loyalität stehen“, er gibt weiter zu, daß „der Staat auch auf dieser Basis seine vollkommen befriedigende Zukunft finden könne, und daß „diese Treue und Loyalität derart gesichert werden könne, daß sie kein Geschick mehr zu erschüttern vermöchte.“ Rossuth gibt weiter in seinem Briefe zu, daß sich unter den herrschenden Verhältnissen das Magnathum, seine Bildung und Intelligenz geboren haben, er erklärt, ein Gegner der Revolution zu sein, und spricht den Wunsch aus, daß Ungarn von einer solchen Stütze verschont bleiben möge. Selbst was in seinem Briefe noch an agitatorischem Inhalte für die Id. des „reinen 1848“ vorhanden ist, trägt nur noch den Stempel des theoretischen Kampfes gegen die gemeinsamen Angelegenheiten. Der Gesamteindruck des Rossuth'schen Briefes ist, so weit es sich nicht um seine Person, sondern um seine Auffassung der Zukunft Ungarns handelt, der einer vollständigen Umkehr und zwar nicht einer restriktiven, sondern einer aus den Verhältnissen hervorgegangenen und diesen Rechnung tragenden Abdication.

Paris, 10. Juni. Der pariser Gemeinderath trat gestern unter dem Vorsitz seines neu gewählten Präsidenten, Mathé, zusammen, der in seiner Ansprache die Wahlen vom 4. und 11. Mai als einen Protest der Mehrheit der Wähler gegen das Ausnahmeregime darstellte, unter welchem die Landeshauptstadt leidet:

Gewählte Vertreter der Stadt Paris, sind Sie ganz und gar unabdingbar; nur Ihre Wähler haben das Recht, Ihren Rathläge zu ertheilen, nicht aber eine aufgezwungene Verwaltung (Sehr gut!), welcher die Pflicht obliegt, getreulich die Beschlüsse auszuführen, die zu fassen Sie für gut halten. Wir sind Alle hier von dem Wunsche beseelt, mit ihr in gutem Einvernehmen zu leben, aber Sie möge nur nicht vergessen, daß unsere Haltung von der ihrigen abhängt.

Diesen gehänselten Neuerungen würdig waren dann noch die Anträge mehrerer Mitglieder der Versammlung, denen zufolge die Regierung aufgefordert werden sollte, zum Nationalfeiertag Allen Amnestie zu ertheilen, welche wegen politischer oder solcher gemeiner Vergehen, die den politischen gleichgestellt werden können, verurtheilt worden sind. Nach einem längeren Meinungsaustausch entschied man sich für folgende Fassung:

Der Gemeinderath giebt dem Wunsche Ausdruck, es möge eine vollständige Amnestie allen Denjenigen ertheilt werden, welche wegen politischer Vergehen und Verbrechen verurtheilt worden sind, auch wenn diese zu einer gemeinrechtlichen Verurtheilung auf Grund damit zusammenhängender Thatsachen Anlaß gegeben haben.

Der heute unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltene Ministerrath beschloß, diesen „Wunsch“ auf Amnestie zu annulieren.

Verschiedene hiesige Blätter von allerdings nur untergeordneter Bedeutung bringen anlässlich der lebensgefährlichen Erkrankung des Prinzen von Oranien wieder Artikel über angebliche Absichten Deutschlands auf Holland. Es verloht sich nicht der Mühe, auf diese publizistischen Erzeugnisse näher einzugehen. Wohl aber spricht es für die politische Reise der Franzosen, daß dergleichen unsinniges Zeug auch hier nur wenig Gläubige findet und in der leitenden großen Tagespresse bisher ohne jeden Wiederhall geblieben ist.

Paris, 10. Juni. Der „National“ meldet: „Die Spannung, welche zwischen dem französischen Präsidenten in Lima und der peruanischen Regierung herrscht, ist durch einen neuen Zwischenfall gekreist worden. Der Vertreter Frankreichs wurde eingeladen, ohne Verzug die Regierung des Präsidenten Iglesias anzuerkennen und diesem sein Beglaubigungsschreiben einzuhändigen. Der französische Diplomat hat sich bereit gezeigt, die Sache zu untersuchen, aber der Einladung nicht unmittelbar Folge geleistet. Diesem Benehmen gegenüber, welches übrigens dem der Vertreter der übrigen Mächte, namentlich Englands, Deutschlands, Spaniens und der Vereinigten Staaten Nordamerikas entsprach, hat die peruanische Regierung erklärt, sie wolle alle diplomatischen Beziehungen brechen mit Agenten, die sich weigerten, den Präsidenten de jure und de facto der peruanischen Regierung anzuerkennen. Hierauf hat der französische Gesandte den Schluß an dem Gesandtschaftsgebäude wegzunehmen lassen und der Befehlsgeber des französischen Geschwaders im Stillen Ocean ist benachrichtigt worden, im Notfalle die erforderlichen Maßregeln zu treffen.“

London, 12. Juni. Auf eine Anfrage erwiederte Lord Fitzmaurice im Unterhause, der französische Admiral in den madagassischen Gewässern habe dem Kapitän des englischen Kriegsschiffs „Tourmaline“ jüngst die Absicht angekündigt, die Blokade von Madagaskar bis nach Mahanovo und Fenerivo auszudehnen, eine formelle Anzeige von einer weiteren Ausdehnung der Blokade über die bereits unter Blokade stehenden Punkte der madagassischen Küste hinaus sei aber bis jetzt nicht eingegangen.

Rom, 12. Juni. Der „Osservatore Romano“ schreibt: Wir erfahren, daß in den letzten Tagen in Italien, wie auswärts, eifrig Schritte gethan worden sind, um für ein in London unter dem Titel „Association universelle à l'Internationale“ zu gründendes finanzielles Unternehmen Aktionäre zu werben, das hochreligiöse Zwecke verfolgen und woju der Papst seine Zustimmung gegeben haben soll. Ebenso erfahren wir, daß Lotterielose, angeblich von Abholzern der päpstlichen Kurie, zirkulieren, woju ebenfalls der Papst seine Zustimmung gegeben haben soll. Die päpstliche Kurie erklärt dem gegenüber, daß sie diesen Spekulationen absolut ferne steht und daß sie Niemandem irgendwelche Zustimmung, noch auch eine diesbezügliche Empfehlung gegeben hat.

Tiflis, 11. Juni. In einem weiteren Bericht über die Reise des Fürsten Dondukov-Korsakow schreibt die Zeitung „Rewkas“:

Fürst Dondukov wurde am 12. Mai in dem Nachtlager in der Sandwüste Dschudschuklum von etwa 1000 türkmenischen Reitern,

an deren Spitze sich 4 Khanen und der Bezirkschef von Merv befanden, begrüßt. Am folgenden Morgen stellte sich an dem Wege nach Merv die Reiterei von Merv, stammweise geordnet und vom Khan von Merv geführt, auf. Fürst Dondukov ritt die Front ab und ließ nach der Begrüßung einen Kreis bilden, um eine ähnliche Ansprache wie an die Saruk-Türkmenen zu halten. Er betonte hierbei, daß die Türkmenen friedlich leben und bemüht sein sollten, ihren Wohlstand zu bebauen; wegen ihres Eigentums sollten sie unbesorgt sein. — Sie sollten aber auch das Eigentum anderer nicht schädigen. Am 16. Mai begab sich Fürst Dondukov nach dem östlichen Theile der Oase Merv und übernachtete hier im Aul des Khans des Befi-Stammes, Dusuf-Khan. Der hier wohnenden Mutter Dusuf-Khans, Giuldsamala, welche bei dem Volke in hohem Ansehen steht und deren Einfluß wesentlich dazu beigetragen hatte, daß die Türkmenen den Einschluß sahen, freiwillig die russische Unterthanenschaft anzunehmen, überreichte Fürst Dondukov ein vom Caren gesandtes, kostbares, mit Goldschnüren und Türkisen geschmücktes Gewand. Zur Begrüßung des Fürsten Dondukov hatte auch der Schah von Persien nach Askhabad einen hohen Würdenträger, Mirza Maassum Chan, entsandt, welcher außerdem einen Brief des Statthalters vor Chorassan, eines Bruders des Schah's, überreichte.

Washington, 11. Juni. Der deutsche Gesandte vor Eisenacher überreichte heute dem Präsidenten Arthur sein Abberufungsschreiben.

Locales und Provinzielles.

Posen, 13. Juni.

* Herr Oberlandesgerichts-Präsident v. Kunowski hat sich zur amtsgerichtlichen Revision nach Pleschen begeben.

* Victoria-Theater. [„Der tolle Wenzel.“] Die neue Burleske, welche gleich der „Schönen Ungarin“ in Berlin vollen Erfolg erzielte und schon im Frühjahr gelegentlich des Gastspiels des Fräulein Bendel im Stadttheater zur Aufführung kommen sollte, wird heute im Victoria-Theater zum erstenmale aufgeführt.

* Zum Wollmarkt wurden gestern noch 1953 Zentner angefahren. Die Gesamtzufuhr hat 2003 Ztr. 12 Pfd. betragen, gegen 16 985 Ztr. 35 Pfd. im Vorjahr.

* Schneidemühl, 12. Juni. [Verunglückt. Erhängt.] Vor einigen Tagen fand der Arbeiter Gustav Konrad auf dem Gutshof zu Nitschowodt dadurch seinen Tod, daß ihm beim Richten eines Stallgebäudes ein Balken auf den Kopf fiel und er dadurch einen Schädelbruch erlitt. — Am 3. d. Mts. machte der Arbeiter Barnke zu Knarrhütte seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Barnke hat die unglückselige That in einem Anfälle von Geistesstörung verübt.

* Bromberg, 12. Juni. [Verhaftung.] Zur Reichstagsswahl. Nebenfabriken. Nicht geringes Aufsehen erregt hier die vor einigen Tagen auf Requisition der hiesigen Staatsanwaltschaft in Magdeburg erfolgte Verhaftung des früheren Lieutenants Jürgens im 21. Infanterie-Regiment. Bis vor noch nicht einem Jahre galt derselbe hierorts allgemein und namentlich unter seinen Kameraden als ein sehr reicher Offizier der Garnison. Sein ganzes Auftreten, das Haus, welches er machte, — er war verheirathet — ferner die Reisen, die er unternahm etc. Alles dies und noch manches Andere, ließen diese Annahme auch ganz berechtigt erscheinen, — bis vor nunmehr einem Jahre sich das vollkommen Gegenteil herausstellte und es sie erwies, daß J. nicht nur kein Vermögen besaß, sondern mit einer recht bedrängenden Schuldenlast zu kämpfen hatte, die ihm auch veranlaßte, seinen Abschied zu nehmen und von der Bildfläche der Gesellschaft hieselbst zu verschwinden. Die hiesige Staatsanwaltschaft hat sich nun aber, nachdem J. in das Zivilverhältnis getreten, eingehend nach der Art erkundigt, wie derselbe in den Besitz von Baarmitteln gelangt, um auf solch großem Fuße leben zu können. Das Resultat dieser Forschungen scheint für den J. ein recht ungünstiges zu sein, denn wegen Betrugses ist die Untersuchung gegen denselben eingeleitet und seine Verhaftung in Magdeburg, woselbst J. im Bureau eines Technikers arbeitete, erfolgt; gestern ist derselbe hier eingeliefert und im Justizgefängnis interniert worden. — Wie bereits bekannt, haben die vierzig Konseriativen als Reichstagskandidaten den Legationsrat Gerlich aus Berlin aufgestellt; es ist dies auf Veranlassen des Landrats v. Derzen, des langjährigen Führers der vierzig Konseriativen, gegeben, und zwar wie verlautet, gegen eine vorherige zwischen dem Regierung-Präsidenten v. Tiedemann mit Herrn v. Derzen getroffenen Vereinbarung, nach welcher besichtigt wurde, einen gemäßigt Liberalen, also einen Nationalliberalen, aufzufinden; da ein solcher gegen einen der deutsch freistimmen Parteien gehörigen Kandidaten mehr Chancen haben würde, durchgebracht werden zu können, als ein hier gänzlich unbekannter Konseriativer. Herr Landrat v. Derzen glaubt aber allmächtig zu sein und Herr Gerlich, mit dem er befreundet, durchzubringen. Die liberale Partei wird an ihrem bisherigen Abgeordneten, Stadtrath und Gutsbesitzer Hempel, festhalten. — Vorgestern wurde auf dem hiesigen Bahnhof beim Rangieren der Arbeiter Zittau aus Jagdschutz übersfahren und derart verletzt, daß ihm ein Fuß amputiert werden mußte.

Wollmarkt.

Thorn, 12. Juni. Die Zufuhren betrugen ca. 2800 Zentner, darunter viel polnische und ungewaschene Wollen.

Bermisches.

* Berlin, 12. Juni. Das „Deutsche Tagebl.“ schreibt: Ein bemerkenswertes Ereignis! Auf eine Beschwerde des Rechtsanwalts Dr. Flatau über die Weigerung des Standesbeamten des hiesigen Standesamts I. zwei Brautleute österreichischer Nationalität aufzubieten, weil der Bräutigam jüdischer und die Braut christlicher Religion ist und nach österreichischem Gesetz die Verheirathung zwischen Angehörigen dieser beiden Religionen verboten ist, hat die 13. Zivilkammer des hiesigen Landgerichts I. unter 24. Mai c. dahin entschieden, daß die Verschiedenheit der Religion innerhalb des deutschen Reichsgebietes kein Hindernis zur Verheirathung sei, auch wenn die Brautleute im Auslande staatsangehörig sind, wo ein solches Verbot existiert.

* Berlins Einwohnerzahl hat die Zahl 1.240.000 nach den neuesten statistischen Angaben bereits um 790 Köpfe übersteigen.

* Der Begleiter W. v. Scheffel's auf seiner Rodensteinfahrt, Ed. Rahn, dessen Name in dem von J. Bröll aufgefundenen Fremdenbuch an der Spalte der vier Heidelberger steht, war, wie der „Fr. St.“ von einem bekannten Rahn's aus Schlesien mitgetheilt wird, eine poetische und humoristische Natur, die mit der seines Freundes Scheffel viel Ähnliches hatte. In Görlitz, wo er als Reeder war, leben noch viele Erinnerungen an den sehr begabten jungen Juristen, der u. A. einmal, aus einer fidelen Gesellschaft nach Hause gekommen, ein idyllisches Referat in tadellosem Verfassung niederschrieb, was den Gerichtsdirektor, der an dem Inhalte des Referats nichts auszusehen konnte, in der Sitzung in nicht geringe Verlegenheit brachte. Von seinen mit großem Ernst vorgetragenen „Sprüchen“ haben sich einige bis jetzt in den Kreisen seiner Bekannten erhalten, z. B.: „An gute Rost gewöhnt der Mensch sich leicht, wenn man die schlechte gänzlich ihm entziebt.“ Familiengünstig hat ihm später den für unverwüstlich gehaltenen Humor geräubt und er mache seinem Leben in Berlin, wo er als Abgeordneter weilte, nach einem Kommerz selbst ein Ende.

* Leichenverbrennung. Aus Gotha, 7. d., wird gemeldet: „Un-

gewöhnlich stark ist im Laufe der eben beendeten Woche der Leichenverbrennungs-Apparat zu Gotha in Thätigkeit gesetzt worden. Man bestattete seit dem 5. d. auf dem Feuerwege Frau Berggrath Röhr aus Ilmenau, den Sanitätsrath Dr. Lehwes aus Berlin, Frau Wohlgeum und den Färbermeister Reich, beide von Gotha. Es sind somit seit dem Besetzen der Anzahl 177 Feuerbestattungen vollzogen worden, darunter in diesem Jahre schon 11 Frauen.

* Dr. Straubberg führte seit Jahren einen Prozeß um den Betrag von 700000 Mark gegen die Hannover-Altenbekener Eisenbahn. In erster Instanz wurde der Prozeß zu seinen Gunsten entschieden und nun, wenige Tage nach seinem Tode, soll, wie der Berliner Zeitung mitgetheilt wird, dasselbe auch in zweiter Instanz gewonnen sein. Die bisherigen Kosten des Rechtsstreites leistete die Diskontogesellschaft, die mit einer größeren Summe bei dem streitigen Objekt beteiligt ist. Von Interesse ist, wer den Prozeß weiter führen wird. Es ist wohl anzunehmen, daß die Familienmitglieder des Verstorbenen die Erbschaft nicht antreten werden, da sie sonst, wie das citirte Blatt meint, die ganze vorhandene Schuldenlast mit übernehmen müßten.

* Petersburg, 12. Juni. Nach einer Meldung aus Taschkend sind im Bezirk von Samarkand gegen 52000 Menschen zur Bewältigung der Heuschreckenschwärme aufgeboten worden.

Produkten- und Börsenbericht.

* Berlin, 12. Juni. [Bericht über Kartoffelfabrikate und Weizenstärke vom 4. bis 11. Juni 1884.] Der dieswochentliche Umsatz in Kartoffelfärberei und Mehl war ziemlich belangreich. Neben den prima-Qualitäten waren es namentlich die besseren Secundas, in denen bedeutendes Geschäft zu voll leichten Preisen stattfanden. Die Ia. Qualitäten bebangen 0,25 M. pr. Sac gegen frühere Notiz. Käufer war namentlich das Inland und bestand weitere Fragen besonders für Sachsen. Von IIa. Sorten wurde auch nach Italien verlaufen. Das Terningeschäft blieb jedoch vernachlässigt, und Versuche, dasselbe mehr in Fluss zu bringen, scheiterten. Der Bestand des hiesigen Lagers, ca. 40000 Sac incl. der Vorräthe in den Dextrinfabriken, blieb insofern unverändert, als demselben einerseits immer wieder zugeschürt wurde, was andererseits davon fortging. In Ia. weitem Traubenzucker fanden größere Abschlüsse statt, auch der Absatz in Syrup und Dextrin war zu unveränderten Preisen etwas besser, wie seither. — Wir notieren: Kartoffelfärberei, feuchte, reingewaschene in Räusers Säcken mit 2½ p.C. Tara, prompt und Juni-Aug. 11,60 M., Ia. zentrifugirt und auf Horden getrocknet, prompt 21 M. do. ohne Zentrifuge, prompt 19,50 bis 20 M., IIa. prompt 17-19 M. — Kartoffelmehl, hochschein, prompt 22 bis 24 Mark, Ia. prompt 21,50 Mark, IIa. prompt 17,50 bis 19,50 Mark. — Kartoffelsyrup, Ia. weiß, prompt 25,50-26 M. do. zum Export, prompt 26-27 M. Ia. gelb, prompt 22,50-23,50 M., IIa. prompt 21-22 M. Kartoffelzucker in Rüsten prompt 25-28 M., Ia. gelb, prompt 23-24 M., geraspelt in Säcken 1 M. per 100 Kilo mehr. — Weizen- und Reisstärke in rubigem Handel. Wir notieren: Weizenstärke, Ia. großstückig 39-40 M., do. kleinstückig 35 bis 37 M., Schabekstärke 30 bis 32 M., Reisstärke 37 bis 38 M., Reisstrahlstärke 38-39 M. — Preise pro 100 Kilogr. frei Berlin für Posten nicht unter 10,000 Kilo.

Staats- und Volkswirtschaft.

* London, 12. Juni. Abends. Bankausweis. Totalreserve 15,349,000 Jun. 765,000 Pf. Sterl. Notenumlauf 25,288,000 Jun. 386,000 " " Baucorvath 24,887,000 Jun. 380,000 " " Portefeuille 21,909,000 Jun. 171,000 " " Guth. der Prin. 23,650,000 Jun. 1,513,000 " " do. des Staats 8,932,000 Jun. 41,000 " " Krotensreserve 14,400,000 Jun. 730,000 " " Regierungsförderheit 13,114,000 Jun. 612,000 " " Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven: 46½ Proz. gegen 46½ Proz. in voriger Woche.

Clearinghouse-Umsatz 93 Mill., gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Zunahme 3 Mill.

Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 12. Juni. [Priv.-Tel. der „Post.“] Der Reichsrath hat über einige Änderungen der Vorschriften bezüglich der Geschworenengerichte Beschluß gefasst. Insbesondere soll die Aufstellung der Geschworenenlisten fortan unter der Mitwirkung und Kontrolle von Mitgliedern der Staatsanwaltschaft erfolgen, außerdem ist die Zahl der eventuell zurückzuweisenden Geschworenen von zwölf auf sechs beschränkt worden. Der Entwurf wird voraussichtlich in kürzester Zeit die höchste Genehmigung finden.

Madrid, 12. Juni. Der Senat hat den Entwurf der Abreise mit 167 gegen 65 Stimmen angenommen. Gegenüber dem streng konservativen Senator Moyano, welcher sich tadelnd über die Unterhandlungen mit Revolutionären bei Gelegenheit der Wiederherstellung der Monarchie aussprach, erklärte der Ministerpräsident Canovas del Castillo, daß er die Leitung der Restauration nicht übernommen haben würde, wenn dieselbe die Mitwirkung der ehemaligen Revolutionäre, vorausgesetzt, daß diese sich der Monarchie aufrichtig zuwenden, abgelehnt hätte. Was den Umstand anlange, daß Pidal, der Minister der öffentlichen Arbeiten, dem Kabinett angehört, so würde es in einem katholischen Lande befremdlich erscheinen müssen, wollte man jemand von der Kabinetsbildung ausschließen, weil er ein guter Katholik sei, zumal keine religiöse Frage in der Schwebe sei und Pidal alle politischen Grundsätze der Konservativen angenommen habe. Es sei um so weniger Grund ihn auszuschließen, als zur Zeit Konflikte nicht zwischen den positiven Religionen, sondern nur zwischen dem Nationalismus und dem Glauben bestünden. — Morgen beginnt die Abreise-debatte in der Deputirtenkammer. — Die Session wird Anfang Juli geschlossen werden.

Brüssel, 12. Juni. Das „Journal de Bruxelles“ meldet, der König habe heute Nachmittag 3 Uhr den Präsidenten des früheren klerikal Kabinetts, Malou, empfangen.

Petersburg, 12. Juni. Der dänische Gesandte, General v. Kjaer, wurde gestern von dem Kaiser zur Überreichung des Beglaubigungsschreibens empfangen und demnächst auch dem Thronfolger vorgestellt.

Riga, 12. Juni. Der livländische Landtag ist heute eröffnet worden. Die hauptsächlichsten Berathungsgegenstände bilden die Verfassungsfrage, welche seit dem ministeriellen Erlass vom Oktober 1881, über Einführung von landwirtschaftlichen Institutionen für die baltischen Provinzen nach dem Muster der be-

reits im Reiche bestehenden, die Landesvertretung bereits beschäftigt hat und in Spezialkommissionen vorberathen worden ist, sowie ferner die Anträge wegen Erlangung einer Konzession zum Bau einer livländischen Eisenbahn.

Berlin, 13. Juni. Die „Nordb. Allg. Btg.“ führt eine Reihe von den in der Korrespondenz der „Germania“ vom 6. Juni über den erzbischöflichen Stuhl von Gnesen-Posen enthaltenen Behauptungen auf und bezeichnet jede einzelne derselben als nicht wahr, insbesondere die Behauptung, der Papst habe in der Audienz gegen Schlößer sich bereit erklärt, Ledochowski's Resignation anzunehmen, vorausgesetzt, daß die Regierung als Nachfolger einen Mann acceptire, der das Vertrauen der Kurie und der Diözesanbevölkerung besitzt, und daß sie sich verbindlich machen werde, ernstlich Hand anzulegen an die Lösung der prinzipiellen Hauptfragen betreffend die Vorbildung des Clerus, die Anzeigepflicht u. s. w. Die „Nordb. Allg. Btg.“ fügt hinzu: Wenn uns die „Germania“ die Zustimmung der Kurie und der päpstlichen Diplomatie verschaffen will, so werden wir unseren Negationen positive Angaben hinzufügen, uns auch über die heute übergangenen Säke jener Korrespondenz äußern.

Paris, 12. Juni. Die Kammer setzte die Verathung über das Rekrutierungsgeley fort und beschloß die Inbetrachnahme des Amendements Lanessan, welches das Prinzip der dreijährigen Dienstzeit aufrechterhält, nach ein- oder zweijähriger Dienstzeit aber eine gewisse Anzahl Soldaten, deren militärische Ausbildung als ausreichend erachtet worden, vom Dienste bei der Fahne zu entlassen gestattet.

Brüssel, 12. Juni. Der „Independance Belge“ zufolge würde das neue Ministerium in nachstehender Weise zusammengesetzt sein: Malou Auswärtiges, Prinz Caraman-Chimay Inneres, Debruyne Arbeiten, Jacobs Finanzen, Thonissen Unterricht, General Jaemart Krieg; zum Kammerpräsidenten würde Bernaert ernannt.

Bremen, 12. Juni. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Habsburg“ ist gestern in Baltimore eingetroffen.

Newyork, 12. Juni. Der Dampfer „Greece“ von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Meising'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Berantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduc. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
12. Nachm 2	759,7	NW mäßig	halbheiter	+23,0
12. Abends 10	761,8	NW schwach	heiter	+16,4
13. Morg. 8	761,3	NW schwach	heiter	+14,5

Am 12. Wärme-Maximum: +24° C. Gels.

Wärme-Minimum: +12° C.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 12. Juni Morgens 0,70 Meter.
" " 12. Mittags 0,70 "
" " 13. Morgens 0,70 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 12. Juni. (Schluß-Course.) Rubig. Lond. Wechsel 20,462. Pariser do. 81,15. Wiener do. 167,50. R. M. S. A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 109½. R. R. B. Antw. 126 Reichsanl. 103½. Reichsbank 145½. Darmst. 152½. Meining. B. 93½. Delt. ung. Banf. 715,50 Kreditattien 257½ Silberrente 67½. Bavierrente 67½. Goldrente 85½. Ung. Goldrente 76½. 1860er Boote 120½. 1864er Boote 208,60. Ung. Staatsl. 220,80. do. Ostb. 661. II. — Böh. Westbahn 261½ Elisabethb. — Nordwestbahn 150. Galizier 239½. Franzosen 266½. Lombarden 127½. Italiener 96½. 1877er Russen 94½. 1880er Russen 76. II. Orientali. 58½. Bentz-Pacific. — Distonto-Kommandit. — III. Orientali. 59½. Wiener Bankverein 89½. 5½ österreichische Bavierrente. — Buschader — Egypfer 61½. Gotthardbahn 106½. Türken 8½. Südbad. Böhmen 163½. Tabaksaltien. — Spanier exter. 61½. Central Pacific 108½. Denver u. Rio grande I. M. 91½. Chicago Milwaukee 112½.

Nach Schluß der Börse: Kreditattien 257½. Franzosen 267. Galizier 239½. Lombarden 127½. II. Orientali. — III. Orientali. — Egypfer 62½. Gotthardbahn —. 1880er Russen 76. II. Orientali. 58½. Bentz-Pacific. — Distonto-Kommandit. — Buschader — Egypfer 61½. Gotthardbahn 106½. Türken 8½. Südbad. Böhmen 163½. Tabaksaltien. — Spanier exter. 61½.

Central Pacific 108½. Denver u. Rio grande I. M. 91½. Chicago Milwaukee 112½.

Nach Schluß der Börse: Kreditattien 257½. Franzosen 267. Galizier 239½. Lombarden 127½. II. Orientali. — III. Orientali. — Egypfer 62½. Gotthardbahn —. 1880er Russen 76. II. Orientali. 58½. Bentz-Pacific. — Distonto-Kommandit. — Buschader — Egypfer 61½. Gotthardbahn 106½. Türken 8½. Südbad. Böhmen 163½. Tabaksaltien. — Spanier exter. 61½.

Frankfurt a. M., 11. Juni. Effelten-Societät. (Schluß.) Kreditattien 257½. Franzosen 267. Galizier 239½. Egypfer 61½. 4proz. ungar. Goldrente —. 1880er Russen 76. II. Orientali. 58½. Bentz-Pacific. — Distonto-Kommandit 198½. Werrabahn —. Rubig.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Boston gemeldet, daß der Verwaltungsrath der Union-Pacific-Bahn definitiv beschlossen habe, die im Juli fällige Quartals-Dividende von 1½ p.C. nicht zur Vertheilung zu bringen.

Wien, 12. Juni. Des katholischen Festages wegen heute keine Börse.

Wien, 12. Juni. (Privatverlehr.) Österreich. Kreditattien 307,70, 4proz. ungar. Goldrente 91,75. Länderbank —. Gelfer.

Petersburg, 12. Juni. Wechsel auf London 24½. II. Orient. Anleihe 93½. III. Orientanleihe 93½. Neue Goldrente 166½. Petersburger Distontobank 477. Privatdiskont — p.C.

London, 12. Juni. Konjols 100. Italiensche 5prozentige Rente 96½. Lombarden 12½. Spiz. Lombarden alte — Spiz. do. neue — 5proz. Russen do. 1871 91. 5proz. Russen do. 1872 90. 5proz. Russen do. 1873 89½. 5proz. Türken do. 1865 8½. 4proz. fundierte Amerik. 123. Dörfster. Silberrente 68, do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 76½. Dörfster. Goldrente 84. Spanier 61. Egypfer neue — do. unif. 61½. Ottomanbank 15½. Preuß. 4proz. Konjols 102½. Gelf.

Suez-Aktien 81. Silber —.

Blagdiskont 2 p.C.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,65. Wien 12,37½. Paris 25,41. Petersburg 23½.

Aus der Bank flohen heute 100000 Pf. Sterl. nach Newyork.

Produkten-Kurse.

Köln, 12. Juni. Des katholischen Festages wegen heute kein Getreidemarkt.

Bremen, 12. Juni. Petroleum (Schlußbericht) schwach. Standard white loko 7,30 bez. per Juli 7,40 Br. per August 7,50 Br. per Aug.-Desbr. 7,75 Br.

Hamburg, 12. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen loco rubig, auf

Termin fest, per Juni-Juli 184,00 Br. 133,00 Br. per Juli-August 133,00 Br. 132,00 Br. Hafer fest. Gerste fest. Rübbel fest. loko 57½ per Oktober 56½. Spiritus leblos, per Juni 41½ Br. per Juli-Aug. 42½ Br. per Aug.-Septbr. 43½ Br. per Sept.-Okt. 43½ Br. Kaffee sich bestehend. Umsatz 6000 Sac. — Petroleum flau, Standard white loko 7,50 Br. 7,40 Br. per Juli 7,40 Br. per August-Desbr. 7,70 Br. — Wetter: Schön.

Wien, 12. Juni. Des katholischen Festages wegen heute kein Getreidemarkt.

Pest, 12. Juni. Des katholischen Festages wegen heute kein Getreidemarkt.

Paris, 12. Juni. Produktmarkt (Schlußbericht). Weizen rubig, per Juni 22,75, per Juli 23,25, per Juli-August 23,50, per Septbr.-Dezbr. 23,90. Roggen rubig, per Juni 16,25, per Septbr.-Dezbr. 17,00. Rübbel 9 Marques rubig, per Juni 47,25, per Juli 47,80, per Septbr.-Dezbr. 48,25, per September-Dezbr. 49,30. Rübbel matt, per Juni 67,50, per Juli 68,00, per Juli-August 68,25, per Septbr.-Dezbr. 70,25. Spiritus matt, per Juni 45,25, per Juli 45,50, per Juli-Aug. 45,75, per Sept.-Dezbr. 46,00. — Wetter: Schön.

Paris, 12. Juni. Rohzucker 88½ rubig, loko 38,50 a 38,75. Weizen Buder beh. Nr. 3 pr. 100 Kilo per Juni 45,75, per Juli 45,80, per Juli-August 45,75, per Oktober-Januar 47,10.

Amsterdam, 12. Juni. Vancazzin 52½.

Amsterdam, 12. Juni. (Getreidemarkt). Weizen pr. November 243. Roggen per Oktober 165.

Antwerpen, 12. Juni. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen fest. Roggen fest. Gerste unverändert.

Antwerpen, 12. Juni. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinerie, Type weiß, loko 18½ bez. 18½ Br. per Juli 18½ Br. per August 18½ Br. 19½ bez. u. Br. Weichend.

London, 12. Juni. An der Küste angeboten 6 Weizenladungen.

Wetter: Heiß.

London, 12. Juni. Havannazucker Nr. 12 16 nominell, Rüben-Rohzucker 13½, gedrückt, Centrifugal Kuba —.

London, 12. Juni. Bei der gestrigen Wollauktion waren Preise fest.

